

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 9

Mittwoch, den 11. Januar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichskanzler Dr. Marx empfing den deutschen Botschafter von Britanik und Gaffron, der sich am Donnerstag nach Washington begibt.
— Das Reichsgericht eröffnete am Dienstag den Spionageprozeß gegen den Dokumentenführer Sched.
— Die Berufungsverhandlung im Prozeß des Rittergutsbesizers von Treskow gegen Major a. D. Badide endete mit der Freisprechung des Angeklagten.
— Der polnische Außenminister Jaleski beschäftigte sich in einer Rede in Warschau mit den Beziehungen zu Deutschland, Rußland und Litauen.
— Die Berliner Staatsanwaltschaft hat die Leichen sämtlicher Opfer des Explosionsunglücks in der Landsberger Allee freigegeben.
— Unweit Rudmantel hat sich der ehemalige Leiter der schlesischen Selbsthilfe, Generaldirektor Dr. Krüger, erschossen.
— Bei einer Gasexplosion in einer Hamburger Wohnung wurden eine Frau schwer und ihr 15-jähriger Sohn leichter verletzt.
— Bei Modena (Stallen) stürzte ein Autobus in einen Kanal, wobei sechs Menschen den Tod fanden.

Deutschland und Polen.

Eine Rede des polnischen Außenministers über die Politik Warschaws.

Anlässlich einer Veranstaltung des Warschauer Instituts zum Studium der internationalen Beziehungen beschäftigte sich der polnische Außenminister Jaleski zu längerer Rede mit den Beziehungen seines Landes zu Deutschland, Rußland und Litauen. Jaleski führte aus, die deutsch-polnischen Beziehungen hätten sich in letzter Zeit merklich gebessert, die deutsche Bevölkerung betrachte Polen nicht mehr als einen Saisonstaat, und in Genf habe die deutsche Delegation einen Standpunkt eingenommen, der die Friedensbestrebungen in Polen gefördert habe. In Zukunft würden die Danziger Fragen, die bisher Deutschland und Polen in Gegensatz zu einander brachten, in Genf weit weniger Raum einnehmen, als bisher. Der Zwang zur wirtschaftlichen Verständigung werde immer stärker, auch glaube niemand mehr, daß ein Polikrieg der einen oder anderen Wirtschaft Vorteile bringe.

Der Schlussteil der Rede Jaleskis galt den Beziehungen zu Litauen und Rußland. Gegen Litauen äußerte sich Jaleski ziemlich ruhig. Woldnaras Rede über Litua suchte er mit inneren Schwierigkeiten Litauens zu entschuldigen; er meinte, in Genf habe man einen Schritt vorwärts getan, allerdings erfordere eine endgültige Wendung noch Zeit. Was Rußland betreffe, könne Polen auch hier eine Besserung der gegenseitigen Beziehungen feststellen.

Die Rede des polnischen Außenministers hat in Deutschland große Beachtung gefunden, und das um so mehr, als sie eine Art Einleitung zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen am Donnerstag bilden soll. Wenn Jaleski darauf hinweist, daß eine Fortsetzung des deutsch-polnischen Polikrieges niemand zum Vorteil gereicht und betont, daß Deutschland die Existenz Polens als Tatsache betrachte, so hat er damit durchaus recht. Warschau muß sich jedoch hüten, daraus zu folgern, daß Deutschland sich nunmehr auch mit den reichlich weit gezogenen Grenzen des polnischen Staates abgefunden hat! Ein derartiger Verzicht Deutschlands kann niemals erfolgen. Wenn Jaleski trotzdem einen friedlichen und dauerhaften Ausgleich zwischen beiden Völkern will, muß er für die Revision der heutigen Grenzen im Osten wirken und ebenso den Kampf der polnischen Behörden gegen das Deutschtum in Ostoberschlesien und Polen ganz energisch abblasen! Bis dahin kann man die Lage im Osten nur mit ernstlicher Sorge betrachten.

Uebergrieffe polnischer Beamter.

Calonder protestiert gegen das Verbot deutscher Veranstaltung in Ostoberschlesien.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Ostoberschlesien, Calonder, erteilte polnischen Beamten eine scharfe Rüge. Es handelt sich um eine für Weihnachten 1926 angelegte Feier der deutschen Minderheitenschule in Brzezje, nach deren Bekanntwerden der Polizeikommandant dem Gastwirt wegen der Freigabe des Saales Vorhaltungen machte und erklärte, wenn die Veranstaltung stattfinden würde, würde sie von Luftschlägen gestört werden; die Polizei könne keinen Schutz gewähren. Zwei Stunden vor Beginn der Weihnachtsfeier wurde diese dann polizeilich verboten. Präsident Calonder mißbilligt in seiner Entscheidung das Ver-

halten des Polizeikommandanten auf das entschiedenste und bemerkt, es sei nach viereinhalbjährigem Bestehen der Genfer Konvention ausgeschlossen, daß Veranstaltungen der deutschen Minderheit mit der Begründung verboten werden können, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet sei! Das Verhalten des Beamten sei eine schwere Verletzung der Genfer Konvention. Ein Beamter, der mit Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit drohe, sei keineswegs geeignet, in Ostoberschlesien öffentlichen Dienst zu tun. Der Kommandant müsse deshalb aus diesem Gebiet unverzüglich entfernt werden.

Moskaus Kampf gegen die Opposition.

Vor der Zwangsverschickung der Oppositionsführer in entlegene Landesteile.

Blättermeldungen aus Moskau zufolge, hat sich die kommunistische Partei Rußlands zu einem neuen und entscheidenden Schlag gegen die kürzlich aus der Partei ausgeschlossenen Führer der Opposition entschlossen. Danach sind dreißig bekannte kommunistische Führer aufgefordert worden, sich unverzüglich aus ihrem Wohnort nach einem ihnen noch anzuzeweienden Bezirk zu begeben. Wie verlautet, handelt es sich dabei um eine Verbannung in entlegene Landesteile Sibiriens oder Asiens; die Entfernung der neuen Wohnorte von der nächsten Bahnstation wird auf 500 Kilometer geschätzt!

Was den Kreis der Verbannten betrifft, gehören ihm außer Trozki, auch Sinowjew, der frühere Botschafter in Paris, Katowski, ferner Kamenew und Nadein an. Mehrere von den Verbannten haben sich große Verdienste um den Wiederaufbau der russischen Industrie und um die Herstellung normaler Beziehungen zu ausländischen Mächten erworben.

Die Auswirkungen der Verbannungen.

Die an die Zeit des Jaren erinnern, sind vorerst noch nicht abzusehen. Einmal scheint die Zwangsverschickung dafür zu sprechen, daß der Bruch der herrschenden Richtung mit den alten Führern endgültig ist, zum andern dürfte daraus aber auch hervorgehen, daß der Einfluß der Opposition größer sein muß, als man wahrhaben will, da man sich sonst zu einer derartigen Maßnahme nicht hätte entschließen brauchen. Die auswärtige Politik Rußlands dürfte durch die Verschickung der Opposition nicht ungenügend beeinflusst werden, da sämtliche Oppositionsführer der radikalen Richtung angehören und durch ihre unbesonnene Propaganda für die Weltrevolution die Politik Tschitscherins wiederholt empfindlich gestört haben.



Trozki,

einer der Führer der russischen Opposition, der jetzt nach Sibirien verbannt werden soll.

Deutschlands Lieferungen an Frankreich.

Sardius Programm für 1928. — 800 Millionen Reparations-Sachlieferungen Deutschlands zum Ausbau französischer Häfen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten im französischen Kabinett Sardieu gibt soeben das Sachlieferungsprogramm für 1928 bekannt. Danach soll die Gesamtsumme der deutschen Reparationslieferungen an Frankreich für 1928 um 200 auf 800 Millionen erhöht werden. Sämtliche Lieferungen betreffen den Ausbau der französischen Häfen, ferner Kanalbauten.

u. a. soll Deutschland ein neues Schwimmbad von 25 000 Tonnen liefern, das im Hafen von Le Havre untergebracht werden soll; ferner ist die Lieferung von Baggern, Materialien zu Reichsbauten und Borsäuren vorgesehen.

Große Lage der Landwirtschaft.

Ämtlicher Situationsbericht. — Drückende Lasten. — Eingriffe in die Substanz. — Einschränkung der Schweinezucht. — Mangel an geschulten Arbeitskräften.

Nach den Berichten der Landwirtschaftskammern über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft haben die Betriebe infolge der hohen auf ihnen liegenden Lasten vielfach in die Substanz greifen müssen, so daß sich eine ganze Reihe von Betrieben in einer verzweifeltsten befinden! Die Ablösung zurückgeforderter Kredite ist mit größten Schwierigkeiten verbunden. Neue Kredite seien, wenn überhaupt, so nur zu unvernünftigen, mäßig hohen Zinssätzen erhältlich. Hinsichtlich der Saaten wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß diese durch die Kahlfröste erheblich gelitten haben. Stellenweise scheinen auch die in Wieten untergebrachten Kartoffeln in Mitleidenschaft gezogen zu sein.

Die Preisgestaltung

verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Getreide, Weizen, Milch und Butter habe sich ungünstig entwickelt. In manchen Betrieben mache die Durchhaltung des Rindviehbestandes Schwierigkeiten, weil Mangel an Futtermitteln bestehe. Die Schweinezucht sei wegen ihrer Unrentabilität stark eingeschränkt worden! Die Bildung von Cierverwertungs genossenschaften gebe den Landwirten die Möglichkeit zur Erzielung angemessener Preise. Futter und Düngemittel würden wegen mangelnder Geldmittel nur unzureichend gekauft. Die landwirtschaftlichen Nebengewerbe seien fast überall noch voll im Gange. Was den Arbeitsmarkt betreffe, nehme die Abwanderung in die Städte und in die Industrie immer mehr zu, so daß die Beschaffung geschulter landwirtschaftlicher Arbeiter denkbar größte Schwierigkeiten biete. Die ausländischen Arbeitskräfte sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Zur Erledigung der noch verbliebenen Druscharbeiten mußten vielfach ungeschulte Arbeitslose herangezogen werden.

Freispruch im Treskow-Prozeß.

Das erstinstanzliche Urteil aufgehoben. — Hasso von Treskow legt Berufung ein.

Das Landgericht Berlin hat den Beleidigungsprozeß des Rittergutsbesizers v. Treskow gegen Major a. D. Badide am Dienstag zu Ende geführt und das erstinstanzliche Urteil, durch das Major Badide zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt worden war, aufgehoben. Major Badide wurde freigesprochen; die Kosten sind dem Privatkläger auferlegt worden. Hasso von Treskow hat sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der Urteilsfällung war eine nochmalige Vernehmung verschiedener Zeugen vorausgegangen, die bereits am Vortage in nichtöffentlicher Sitzung vernommen worden waren. Die neue Vernehmung der Zeugen von Treskow, Bornemann und des Hofmeisters des Jungdeutschen Ordens Mahraun erfolgte wiederum in nichtöffentlicher Sitzung.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, der Artikel des Majors Badide enthalte an sich keine Beleidigung. Major Badide sei wirklich der Meinung gewesen, daß ein Vertrauensbruch Hasso von Treskows vorlag. Major Badide sei wegen des Botschafts gegen Herrn von Treskow schwer angegriffen worden, man habe ihn sogar des Landesverrats bezichtigt. Unter diesen Umständen dürfe man Major von Badide nicht übel nehmen, daß er sich zur Wehr setzte. Wenn auch auf Grund dieser Erwägungen der Freispruch erfolgte, so müsse das Gericht jedoch ausdrücklich betonen, daß durch den Freispruch keine moralische Verurteilung des Privatklägers ausgesprochen werden soll. Der Privatkläger sei zweifellos in einer schwierigen Lage gewesen. Er hätte allerdings das, was er aus den vertraulichen Besprechungen wußte, bei seinen Meldungen fortlassen können. Das Gericht bedauere außerordentlich, daß die Vergleichsverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Es hat sich aber von der Schuld des Privatklägers nicht überzeugen können und müsse deshalb zu einem Freispruch gelangen.

Das Problem der Kriegsschulden.

Der Besuch Pariser Gilberts in Amerika und die Presseerörterungen über die Reparationsfrage haben erneut das Problem der europäischen Verschuldung in den Vordergrund gerückt.

Von den von der deutschen Bevölkerung aufgebrachten Darlehensmitteln gehen 52 Proz an Frankreich, 22 Proz an England, 10 Proz an Italien, 8 Proz an Belgien, und der Rest verteilt sich auf mehrere kleinere Staaten.

Es handelt sich also bei den Reparations- und Schuldenszahlungen um einen Kreislauf. Das ergibt sich erst recht, wenn man bedenkt, daß Deutschland das Geld, was es über Paris, London, Rom und Brüssel an Amerika abführt, von Amerika in Form von USA-Kausanleihen zurück erhält!

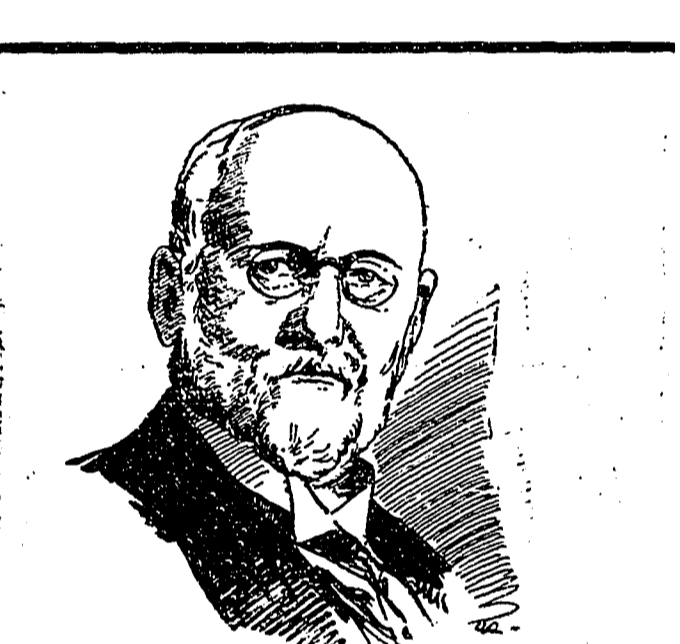
England und Frankreich plädieren für die gänzliche Streichung der Kriegsschulden, der dann natürlich gewaltige Abstriche von den deutschen Reparationszahlungen folgen müssen!

Während des Krieges und nach dem Kriege hat man sich um die Rückzahlung der amerikanischen Kredite wenig Sorge gemacht; man hat in Washington Rohstoffe, Lebensmittel, Kriegsgerät auf Kredit gekauft und die Zinsen zum Kapital geschlagen.

Den an Amerika den stattlichen Betrag von 48 Milliarden Goldmark erreicht! Nun kam es zu langwierigen, teilweise noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit etwa 20 Staaten, die sämtlich für ein Schuldenabkommen gewonnen werden sollten.

So wurde z. B. mit England ein Abkommen getroffen, das eine 62jährige Tilgungsfrist und eine Verzinsung von 3 bis 3,5 Prozent vorsieht. Die günstigsten Bedingungen erzielte Italien, das seine Schulden bis 1930 überhaupt nicht zu verzinsen braucht, dann ein Achtel Proz. und von 1930 ab 2 Prozent zu entrichten hat.

Amerika glaubte bisher durch diese Regelung Europa ein großes Entgegenkommen erwiesen zu haben, es bezifferte seine Einbußen durch Zinsvergünstigungen und Ausdehnung der Rückzahlungstermine England gegenüber auf 18, Belgien gegenüber auf 46 und Italien gegenüber sogar auf 74 Proz.



Geheimrat Philipp Jörn, einer der bekanntesten deutschen Rechtswissenschaftler, der dieser Tage im Alter von 78 Jahren ins Ansbach verschieden ist.

Der Spionageprozeß Schred.

Am Dienstag nahm vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig einer der umfangreichsten Spionageprozesse der Nachkriegszeit seinen Anfang. Es handelt sich um den Dokumentenfälscher Schred und seine Helfershelfer Koch und Schulz, deren Treiben der deutschen Außenpolitik schwer Abbruch getan hat.

Die Vorgeschichte des Prozesses ist lang und aufschlußreich. Schred selbst ist bereits volle 27 Monate in Untersuchungshaft. Einmal mußte umfangreiches Material gesichtet werden, zum andern trug Schred mit allen Kräften dazu bei, die Untersuchung durch Winkelzüge und falsche Angaben zu erschweren.

Schred hat eine abenteuerliche „Laufbahn“ hinter sich. In kleinen Verhältnissen groß geworden, erlernte er nach seiner Schulentlassung das Ziegeleihandwerk und arbeitete sich dann nach und nach zu leitenden Stellen heraus.

Er fertigte sich Stempel verschiedener Art an, vergrößerte seinen Betrieb durch Anschaffung einer Druckmaschine und ging nun fröhlich daran, „Pro-“

Lebenswerte Roman von Elsbeth Borchardt

Wandernd, fragend, berichtend schritten sie zum Wagen. Als sie darin saßen, drückten sie sich zärtlich aneinander. „Ulli, Kind — was ist aus dir geworden, du Kleindchen.“

bequem — ich werde dich begleiten.“ fuhr die Mutter fort und nahm ihren Arm. So stiegen sie gemeinsam die Marmorstufen in den zweiten Stock hinauf, während der Freiherr und Ulli unten blieben.

blieb. Kurz darauf fand sie wohl die Sprache wieder, aber es kam ihr vor, als erlebte sie diesen Abend im Traum. Wie anmutig und sicher bewegte sich die junge Frau, die Emporkömmlingstochter, in ihrer Umgebung!

totolle" zu verfassen, die er mit den Namen von Offizieren, Führern des Stahlhelms, des Jungdeutschen Ordens und anderer Persönlichkeiten unterzeichnet. Daneben verfasste er Schriften über die "Probleme der Landesverteidigung", die er mit Ausführungen anfüllte, die den deutschen Staat unbedingt schädigen mußten. Wie plump diese Fälschungen angefertigt waren, erhellt daraus, daß Schred den Namen des Stahlhelmführers Selbte als "Selten" wiedergab, und den des Führers des Jungdeutschen Ordens Mahraun ohne "h" schrieb. Die polnische Spionageabteilung merkte jedoch von alledem nichts und zahlte gutes Geld für schlechte Fälschungen. Die Sitzungen, von denen Schred Protokolle herstellte, verlegte er abwechselnd in das Reichswehrministerium und nach München. Sein Helfer Koch wollte an den finanziellen Erfolgen auch Anteil haben, behielt Abschriften von den Protokollen und verkaufte diese in Mainz an den französischen Nachrichtendienst!

Für Deutschland wirkten sich diese Manöver dahin aus, daß die dem Reiche übel gesinnten Kreise des Auslandes "Material" erhielten, mit dem sie bei ihren Regierungen gegen eine Verständigung mit Deutschland agitierten und Deutschland auch in Genf die Hölle heiß zu machen versuchten. Wie kritiklos man derartigen Fälschungen gegenübersteht, bewies der Bericht des französischen Oberkommandierenden im Rheinland, der die Fortdauer der Besetzung mit offensichtlichen Unwahrheiten zu rechtfertigen suchte. Deutschland hat somit ein begründetes Interesse daran, dieses Übergewicht in aller Deffentlichkeit restlos zu zerreißen! und dazu bietet dieses Schulbeispiel tüchtiger Verdächtigungen ein geeignetes Mittel.

Schaltjahr und Schalttag.

Der Oktober, der nur 21 Tage hatte. — Des Schalttages Licht- und Scherzseite.

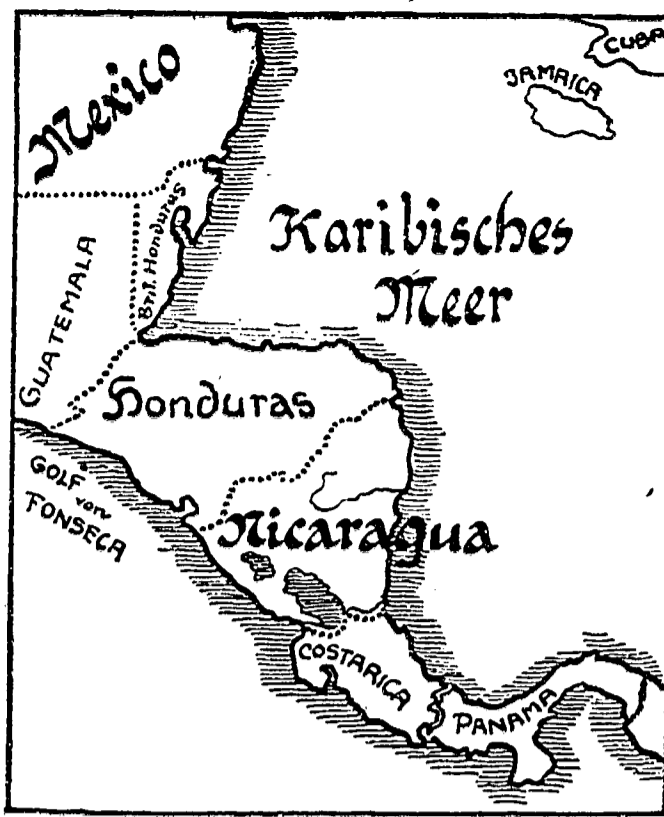
Im allgemeinen machen sich die Menschen wegen der Schaltjahre und Schalttage wenig Kopfzerbrechen. Man ist froh, daß "alle vier Jahre ein Schaltjahr" kommt, und damit basta. Dieses Wissen, so gering es auch ist, stimmt aber gar nicht einmal ganz, denn von den Jahrhunderten gilt es, was von den einzelnen Jahren gilt, daß die Stammzahl durch vier teilbar sein muß. Das Jahr 1900 konnte also kein Schaltjahr sein, weil die "19" nicht eine Teilung durch vier zuläßt. Demzufolge hat also nur jede vierte Jahrhundertwende die Bedeutung als Schaltjahr, wie z. B. 1600, 2000, 2400 und dergleichen.

Der Monat Februar zählt bekanntlich in jedem Schaltjahre, also auch im neuen Jahre 1928, nicht bloß 28, sondern 29 Tage. Vielfach geht nun die Ansicht dahin, daß als der eigentliche Schalttag der Zuwachstag, der 29. Februar, zu gelten habe. Seinem Namen nach aber ist dieser Tag nicht anzuhängen, sondern einzuschalten. Infolgedessen kann also auch der 29. Februar nicht der Schalttag sein. Als solcher gilt vielmehr der 24. Februar, der auch im Kalender einzig und allein diese Bezeichnung führt. Bei gewöhnlichen Jahren ist dieser 24. Februar der Matthiastag. In Schaltjahren rückt dieser Tag wie alle noch folgenden Februartage um einen Tag weiter.

Wieso kommt nun ausgerechnet der 24. Februar zu dieser Rolle? Der Tag ist nicht etwa willkürlich gewählt, sondern die Sache hat ihre historische Bedeutung. Als sich das 16. Jahrhundert allgemach seinem Ende zu nähern begann, sah man sich vor die Notwendigkeit gestellt, die Zeitrechnung, die bis dahin in Kraft war, und die noch auf eine Kalenderänderung Julius Cäsars zurückging, dem wirklichen astronomischen Stande wieder einmal etwas mehr anzugleichen. Von Papst Gregor wurde dann, und zwar am 24. Februar 1582 in einer Bulle von der neuen Zeitrechnung Kenntnis gegeben. Diese Zeitrechnung hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Allerdings haben sich inzwischen wieder verschiedene Verbesserungen als notwendig erwiesen, denen man in absehbarer Zeit auch wird Rechnung tragen müssen.

Bei der Kalenderänderung im Jahre 1582 kam man allerdings nicht mit der Einschaltung eines Tages aus. Es handelte sich gar nicht einmal um eine Einschaltung, sondern es mußten vielmehr nicht weniger als zehn Tage — ausgeschaltet werden. Man ließ in diesem Jahre auf den 4. Oktober gleich den 15. folgen, so daß also der Oktober 1582 nur insgesamt 21 Tage aufzuweisen hatte. Da sind freilich viele schöne Geburtstagsfeiern "flöten" gegangen.

Den "Gregorianischen Kalender" führten freilich zunächst nur die katholischen Länder ein, die evangelischen Völker hielten nach wie vor an dem "Julianischen



Das Kampfgebiet in Mittelamerika.

Wie bereits gemeldet, ist es in Nicaragua zwischen dort stationierten Marineabteilungen der Vereinigten Staaten und den von General Sandino geführten Aufständischen, die von der amerikanischen Schutzherrschaft über Nicaragua nichts wissen wollen, zu schweren Kämpfen gekommen. Amerika hat jetzt Verstärkungen entsandt und die etwa 25 000 Mann starke Marinetruppe angewiesen, den Aufstand niederzukämpfen. Der Entscheidungskampf ist bereits im Gange! Nach Mitteilungen des Staatsdepartements in Washington beziffert sich der Gesamtverlust der amerikanischen Truppen auf 16 Tote und 40 Verwundete, während die Aufständischen 400 Tote zu beklagen haben; General Sandino schätzt die amerikanischen Verluste erheblich höher und spricht von mehreren hundert Toten.

sehen Kalender" fest. Hieraus ergab sich die Folge, daß überall da, wo sich die Bevölkerung aus Katholiken und Protestanten zusammensetzte, beide Kalender geführt wurden, und daß man mehr als ein Jahrhundert lang die Schriftstücke, wie Dokumente, Briefe und dergleichen mit doppeltem Datum zu versehen pflegte, so z. B. 20./30. Dezember, sowie das noch gegenwärtig im Schriftwechsel mit unserem russischen Nachbarn üblich ist, wo man noch nach dem "alten" Kalender rechnet.

Es gibt eine Legende, wonach der Februar sogar ursprünglich dreißig Tage gehabt habe, da die ersten vier Monate des Jahres angeblich alle die gleiche Zahl von Tagen (30) aufzuweisen hatten. Später seien diese vier Monate aber aufeinander eifersüchtig geworden, man habe den Würfelbecher herbeigeholt und ausgemüßelt, wer einige Tage von seinem Monatsbestande abgeben solle. Dabei habe den Februar das Schicksal getroffen. Er sei auf diese Weise gezwungen worden, je einen Tag an den Januar und März abzugeben.

Am meisten trifft man den 30. Februar heute noch in den Briefen zerstreuter Leute. Allerdings nicht ausschließlich. Mit voller Berechtigung ist er nämlich hin und wieder in Schiffspapieren anzutreffen, dann nämlich, wenn im Februarmonat Schiffe ihren Weg der Sonne entgegen, also ostwärts, nehmen, und auf diese Weise gleichsam der Zeit um 24 Stunden voraus sind. Unter diesen Verhältnissen tritt dann in gewöhnlichen Jahren der 29. Februar und in Schaltjahren der 30. Februar in Erscheinung.

Wie das sehr leicht erklärlich ist, ergibt sich aus dem Schalttag auch eine besondere Bedeutung für das wirtschaftliche Leben. So z. B. liegt aus Frankreich aus dem Jahre 1904 eine Kostenberechnung vor, woraus zu ersehen ist, daß der Staat diesen Schalttag ziemlich schwer zu bezahlen hatte. Nach einer Veröffentlichung des französischen Finanzministeriums beliefen sich die Kosten des genannten Schalttages auf sage und schreibe 9 622 842 Franken und 55 Centimes. Merkwürdigerweise jedoch weiß England gerade mit dem Gegenteil aufzuwarten. Dort hat der Staat am Schalttag sogar eine sehr hübsche Summe verdient, nämlich an Einnahmen aus indirekten Steuern und Zoll rund vier Millionen, aus Post und Telegraphie 1,33 Mill., aus Grundbesitzsteuern 1,38 Millionen und aus Stempelgebühren weit über eine halbe Million. Unter Berücksichtigung der Ausgaben konnte man für den Schalttag 1904 einen Uberschuß von 1,62 Millionen verbuchen, eine Summe, die sich als Reingewinn eines einzigen Tages wirklich sehen lassen darf.

Im Flug um die Erde.

Das Friedrichshafener Luftschiff „Z. 3. 127“ geht seiner Vollendung entgegen. — Die Pläne Dr. Edeners.

Wie man aus Friedrichshafen erfährt, entwickeln sich die Arbeiten an dem Luftschiff „Z. 3. 127“, ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich noch immer aus der Geldfrage ergeben, in befriedigender Weise weiter. Das Gerippe des Riesenluftschiffes hat man bereits fast völlig fertig montiert, auch die Arbeiten an den Motoren und Gondeln schreiten rüstig fort, so daß man die ersten Probefahrten vielleicht schon etwa für April erwarten darf.

Angesichts der sehr starken Anspannung des Etats und obendrein wegen der Warnungen Gilberts und Schachts hat das Kabinett leider nicht seine Absicht wahrnehmen und für den Riesenzeppelin 2 Millionen Mark im Etat vorsehen können. Vorläufig erfolgt nur die Zuweisung von 1 Million Mark aus den Mitteln, die für allgemeine Luftfahrtzwecke zur Verfü-

gung sind. Fortschreitend mit einer Bessergestaltung der Verhältnisse will man weitere Summen bereitstellen.

Als besonders erfreulich darf man die Tatsache verbuchen, daß der Reichsverkehrsminister persönlich für Dr. Edeners Pläne eintritt und auf Förderung dieser Pläne bedacht ist. Der Minister bringt durch diese Stellungnahme klar zum Ausdruck, daß der Bau des „Z. 3. 127“, so bald es die Verhältnisse ermöglichen, vollendet werden muß, um dem Riesenluftschiff Gelegenheit zu geben, den vollen Beweis für seine wirtschaftliche Befähigung und für seine Bedeutung als technisch wertvolles Verkehrsmittel im Weltverkehr zu erbringen. Gerade angesichts der Bestrebungen der neugeschaffenen französischen Behörde für Luftschiffahrt und angesichts der Bestrebungen der Engländer, die gleichfalls dem Luftverkehr die allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden, darf man die Stellungnahme des Verkehrsministers als besonders wertvoll ansehen.

Im näheren hört man, daß sich Dr. Edeners mit der Absicht trägt, vorläufig einige kürzere Probefahrten zu machen, die hauptsächlich den Zweck haben, die technischen Neuerungen auf ihre Wirkungen hin zu prüfen, so vor allem auch die Anordnungen in der Treibgasverwendung. Dann sollen mehrere Flüge über den Ozean ausgeführt werden. Ist Gelegenheit zur Ergänzung der Betriebsstoffe gegeben, dann soll in Lasehurst gelandet werden. Läßt sich eine Betriebsmittelergänzung in San Francisco und an der Küste Chinas vornehmen, dann darf man unter Umständen schon für den kommenden Sommer mit der „Fahrt um die Erde“ rechnen, ein Problem, dessen Verwirklichung man mit der größten Spannung entgegensehen darf. Freilich wird für diese Fahrt erst dann der Weg offen sein, wenn man auf den kürzeren Fahrten ausreichende Erfahrungen in dieser und jener technischen Frage gesammelt hat.

Was den Luftverkehr Sevilla — Buenos Aires angeht, so ist bisher ein Abschluß der Verhandlungen noch nicht zustande gekommen. Die Zurückhaltung, die die Spanier noch üben, ist daraus zu erklären, daß man erst abwarten will, wie sich das neue Luftschiff bewährt.

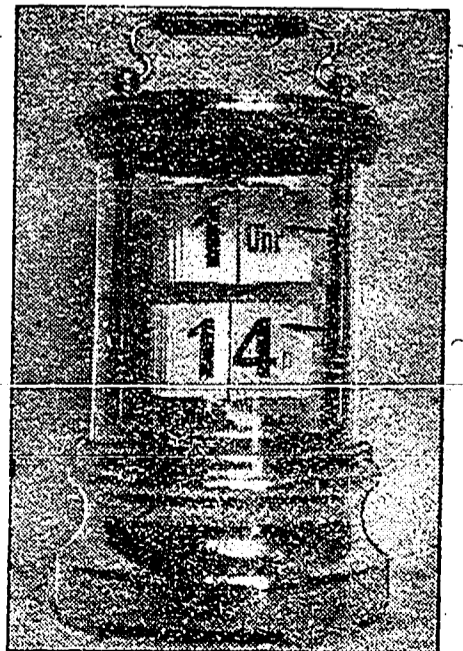
Scherz und Ernst.

tt. Eine Jugendmesse Anton Bruckners, für die oberösterreichische Dorfkirche Winhaag geschrieben, wofür er 1841 als 17-jähriger Lehramtskandidat angestellt war, ist in der Bearbeitung des Domkapellmeisters Wegner daselbst, sowie in Salzburg und München zur Aufführung gelangt. Die im Stadtmuseum in Wels aufbewahrte Partitur enthält nur eine Altstimme, zwei Hörner und Orgel. Wegner hat den Orgelpart teilweise einem Streichkörper überwiesen und, da einige Teile des liturgischen Meßtextes fehlten, diese stimmungsgemäß durch Bruchstücke aus fertigen Teilen des Werkes ergänzt.

tt. Den Nährwert verschiedener Brotsorten untersuchte E. Friedberger im Forschungsinstitut für Hygiene in Berlin-Dahlem. Friedberger fütterte Ratten mit den verschiedensten Brotsorten. Unter „Anschlagswert“ einer Nahrung versteht er die prozentuale Gewichtszunahme einer wachsenden Ratte von 40 Gramm Anfangsgewicht innerhalb 30 Tagen. Es ergab sich, daß die Krume des Brotes höheren Anschlagswert hat, als die der Backhize stärker ausgesetzte Kruste. Die Versuche sind für die Ernährungsfrage sehr bedeutungsvoll, es folgt aus ihnen der Rat: Eßt möglichst Vollkornbrot.

tt. Rettung bei Pilzvergiftungen möglich! Unlängst ist von einem Professor der Abteilung zur Erforschung der Pflanzengifte am Pariser Pasteur-Institut ein erfolgreiches Serum gegen Pilzvergiftungen gefunden worden, das als ein ganz bedeutender Fortschritt in der Serumbehandlung der Pilzvergiftungen angesprochen werden darf. Bei Pilzvergiftungen sehr schwerer Art sind bereits die denkbar besten Erfolge erzielt worden. Man darf hoffen, daß das Mittel auch bald in Deutschland zur Einführung gelangt.

tt. Medizinische Weisheit. Arzt: „Verzweifeln Sie nicht, gnädige Frau, nehmen Sie wieder teil am Leben und versuchen Sie, ein zweites Mal zu heiraten!“ Witwe: „Herr Doktor, soll ich das als eine Bitte um meine Hand auffassen?“ Arzt: „Gnädig eFrau, darf ich Ihnen ein Geheimnis anvertrauen?“ Ein Arzt verschreibt wohl Medizin, aber er selbst nimmt sie nie!



Ohne Zifferblatt und Zeiger.

Unser heutiges Bild zeigt eine Uhr, die nicht auf Zifferblatt und Zeiger angewiesen ist. Das Uhrwerk, das in ein Glasgehäuse eingebaut ist, zeigt die Stunden und Minuten durch kleine Blättchen an.



Oberkonsistorialrat Dr. Marow.

Der dieser Tage vom Kirchenrat der evangelischen Kirche altpreussischer Union zum Generalinspektor der Reichshauptstadt gewählt wurde.